

fen, der die Wirtschaftspolitik im In- und Auslande zwingen wird, mit Gegenmaßnahmen darauf zu reagieren. Den Ausgleich der Geldmärkte könnte eine tatkräftige Zusammenarbeit der internationalen Bankwelt leicht herbeiführen, selbst wenn die Vertrauenskrise nicht alsbald beendet wäre. Prof. Halm-Frankfurt a. M. fordert im übrigen als Mittel zur Reorganisation des Geldmarktes in erster Linie eine Diskonterhöhung auf 20—30% bei Beseitigung aller anderen Zwangseingriffe in das Wirtschaftsleben. Geld müsse für jedermann zu haben sein, wenn auch zu teuerstem Preis.

Es kann nicht ausbleiben, daß auch im Buchgewerbe und im Buchhandel die Folgen dieser kritischen Zuspitzung immer mehr sichtbar werden. In den Kreisen der Papierhersteller rechnet man damit, daß eine weitere internationale Produktionseinschränkung wohl in allernächster Zeit beschlossen werden wird, wodurch eine gewisse Entlastung auf dem Zellulosemarkt eintreten dürfte. In der Papierindustrie sind im letzten Monat die Preise der meisten Papierarten stabil geblieben, nur bei einzelnen Papierqualitäten erfolgten durch Schleuderverkäufe weitere Preis-senkungen, ohne daß der Absatz eine Belebung erfuhr. Die Beschäftigung in den Buch- und Steindruckereien ist noch geringer geworden als im Vormonat. Selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Sommermonate regelmäßig einen stilleren Geschäftsgang aufweisen, müssen die Absatzmöglichkeiten, wie es in den zuständigen Handelstammerberichten heißt, als völlig unbefriedigend bezeichnet werden. Nuzbringende Preise lassen sich nicht erzielen; die getätigten Abschlüsse dienen im wesentlichen der Aufrechterhaltung der Betriebe. Die Aussichten werden äußerst ungünstig beurteilt. Auch das Zeitungsgeschäft war stark rückläufig. Die Lage im Schriftgießereigewerbe ist unverändert. Bei den Chemographischen Anstalten ist gegen den Vormonat eine wesentliche Verschlechterung eingetreten, die hauptsächlich durch starken Preisdruck verursacht ist, so daß mit weiteren Betriebseinschränkungen gerechnet werden muß. Die Wirtschaftslage im Buchhandel hat in den letzten Monaten sich entsprechend der allgemeinen Zuspitzung der Krise ebenfalls weiter verschlechtert. Die Absatzverhältnisse sind in den stilleren Sommermonaten ohnehin stets wenig befriedigend, verschlimmert wurde der Zustand unter dem Einfluß der wiederholten Gehaltskürzungen und der Arbeitslosigkeit. Der Abbau der Kulturetats hat ebenfalls den Buch- und Zeitschriftenumsatz merklich vermindert. Die Rückwirkung dieser Lage auf die Neuproduktion spiegelt sich in den ständig zurückgehenden Ziffern der erstmaligen Ankündigungen von Neuigkeiten im Börsenblatt deutlich wider. War schon der Rückgang 1930 gegenüber 1929 ziemlich bedeutend, so ist die Produktionschrumpfung in diesem Jahr noch weiter fortgeschritten. Wir geben nachstehend die Zahlen für das erste Halbjahr:

	1929	1930	1931
Januar	1169	1155	1073
Februar	1058	986	1010
März	1066	1176	991
April	1165	1027	956
Mai	1172	1121	970
Juni	940	832	973
	6570	6297	5973

Der Rückgang gegen 1930 beträgt also etwas mehr als 5%, gegen 1929 aber fast 10%. Der Juni hat dieses Jahr zwar eine etwas lebhaftere Neuproduktion gebracht. Es ist aber sehr zweifelhaft, ob sich das fortsetzen wird. Auch die Ausfuhrziffern zeigen deutlich rückläufige Tendenz. Man kann die allgemeine Umsatzzchrumpfung auf durchschnittlich 15% schätzen. Es wird also auch im Buchhandel größter Anstrengungen bedürfen, um durchzuhalten. Mit der übrigen Wirtschaft fordert er dabei in erster Linie Wirtschaftsfreiheit. Dazu gehört vor allem auch die Befreiung von der Konkurrenz der öffentlichen Hand. Gehalts- und Lohnabbau allein können es nicht schaffen. Das ist letzten Endes ein zweischneidiges Schwert. Unbestreitbar ist eine Kürzung dieser Anforderungen notwendig. Auf die Dauer hilft aber nur ein Abbau der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen

Hand. Sie muß sich von den zu Unrecht okkupierten Betätigungsgebieten zurückziehen und sie wieder der freien Wirtschaft überlassen. Im Mißverhältnis zwischen freier und kollektiver Wirtschaft liegt die größere Gefahr. Zum Lohn- und Gehaltsabbau muß der Abbau der Aufgabenbereiche, der das Gewicht der Bürokratie wirklich mindert, hinzukommen. In diesem Sinne sei hier mit dem Aufruf geschlossen, den der Hansabund dieser Tage veröffentlichte. Er ist zwar vor den letzten Ereignissen abgefaßt und trägt ihnen infolgedessen noch nicht im Wortlaut Rechnung. Die Grundgedanken behalten aber ihren Wert. Er lautet:

Wirtschaftsfreiheit gegen Wirtschaftsnot!

Wir stehen in Tagen unsagbarer politischer und wirtschaftlicher Spannungen. Mit furchtbarer Eindringlichkeit wurde dem deutschen Volke, wurde der Welt zum Bewußtsein gebracht, daß die Bergewaltigung der wirtschaftlichen Lebensgrundlagen der gegenwärtigen Rechts- und Gesellschaftsordnung durch politische Eingriffe Deutschland, Europa, die Welt an den Rand des Chaos geführt hat.

Die Botschaft des amerikanischen Präsidenten Hoover kann den Weg zur Rettung öffnen. Sie ist getragen von der Erkenntnis, daß die von der Politik erzwungenen Verlagerungen wirtschaftlicher Kräfte ausgeschaltet und zurückgeschaltet werden müssen, damit die Gesamtheit der Nationen in ihrer wirtschaftlichen Arbeit der Steigerung der kulturellen und sozialen Wohlfahrt der Völker zu dienen vermag. Sie ist getragen von der Erkenntnis, daß die Tötung politischer Eingriffe in die Wirtschaft schlechthin Not, Elend, Verwirrung, ja Untergang nach sich zieht.

In unserem Kampf für Wirtschaftsfreiheit gegen Wirtschaftsnot haben wir seit langem den nationalen und sozialen Grundcharakter alles Wirkens freier Marktwirtschaft immer und immer wieder betont. Ausschaltung der Reparationen und interalliierten Kriegsschuldenzahlungen — das war und ist uns ebenso Voraussetzung weltwirtschaftlicher Gesundung, wie wir in der Ausschaltung der kollektivistischen Störungszellen in unserem deutschen Wirtschaftskörper die Voraussetzung für seine Gesundung, für die Überwindung der sozialen Notstände sehen.

Wir stehen an einem entscheidenden Wendepunkt deutscher Geschichte, weltwirtschaftlicher Entwicklung!

Aus der unmittelbaren Gefahr, im Chaos zu versinken, hat uns im letzten Augenblick die Erkenntnis Amerikas, selbst dabei in seinen Lebensgrundlagen aufs schwerste erschüttert zu werden, gerettet. Jetzt heißt es, nach außen darum kämpfen, daß aus der Atempause sich ein Dauerzustand freier weltwirtschaftlicher Zusammenarbeit, unbelastet von der zerstörenden Wirkung politisch bedingter Kräfteverlagerung entwickelt. Jetzt heißt es nach innen unter der Devise:

Wirtschaftsfreiheit gegen Wirtschaftsnot
dafür kämpfen, daß das deutsche Haus in Ordnung gebracht wird.

Die Entlastung von den Reparationen darf nicht dazu verleiten, den Kampf aller gegen alle um die Verteilung der 1½ Milliarden Reichsmark zu entfachen, die Konzentration aller Kräfte von den beiden großen Aufgaben abzulenken:

**Ordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Wirtschaft. —
Wiederherstellung der Entfaltungsmöglichkeiten freier
Marktwirtschaft.**

Unabhängig von den Reparationen bleibt es erforderlich, durch stärkste Ausgabendrosselung den öffentlichen Bedarf um 3 Milliarden Reichsmark zu senken. Unabhängig von den Reparationen bleibt es erforderlich, den deutschen Geldmarkt von dem unerträglichen Druck von mehr als 2 Milliarden Reichsmark schwebender Schulden der öffentlichen Hand zu befreien.

Es gilt, durch Ausschaltung der Fehler des letzten Jahrzehnts deutscher Wirtschafts-gesetzgebung für die deutsche Wirtschaft einen Standort zu gewinnen, von dem aus sie binnen- und weltwirtschaftlich ein Höchstmaß an Leistung im Dienste deutscher kultureller und sozialer Entwicklung zu erringen vermag!

